

### Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Ausschuss für Planung, Verkehr, Energie und Umwelt**  
**Ausschuss für Wirtschaft , Finanzen und Verwaltung**

---

**Betreff:** **Städtischer Aufzug am Bahnhof**  
**Baubeschluss**

Bezug: Vorlage 19/2005

Anlagen: Bezeichnung:

---

#### Beschlussantrag:

1. Dem Bau des Aufzuges wird in der dargestellten Weise zugestimmt.
2. Für das Projekt wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 65.000,- € genehmigt.
3. Die Deckung erfolgt durch eine außerplanmäßige Einnahme in Höhe von 95.000,- € aus dem Zuschuss nach der Verwaltungsvorschrift Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (VwV-GVFG) bei HHSt. 2.6300.3610.000-1047.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>		Jahr: 2009	Jahr: 2011
Investitionskosten:	415.000,- €	350.000,- €	65.000,- €
bei HHStelle veranschlagt: HHSt . 2.6300.9500.000-1047		350.000,- €	
Einnahme aus Förderung	95.000,- €		95.000,- €

#### Ziel:

Barrierefreie Erschließung des Bahnhofes an der Südseite  
(Bereich Thiepvalkaserne/Bike- & Ride-Anlage).

## Begründung:

### 1. Anlass / Problemstellung

Der Hauptbahnhof Tübingen und die Gleise sind nicht barrierefrei zugänglich. Dies gilt auch für den Zugang zur Fußgängerunterführung an der Südseite (Thiepvalkaserne/Bike- & Ride-Anlage). Dieser Zugang ist städtisches Eigentum und Teil des seit Jahren diskutierten barrierefreien Ausbaus des Tübinger Hauptbahnhofs.

### 2. Sachstand

Seit dem Jahr 2005 plant die Bahn die barrierefreie und behindertengerechte Umgestaltung des Tübinger Hauptbahnhofs. Die Universitätsstadt Tübingen unterstützt diese Maßnahmen und kooperiert diesbezüglich bereits mit der Deutschen Bahn AG (Mitteilungsvorlage 19/2005). Im Zuge der Haushaltsberatungen 2010 wurde der Bau eines städtischen Aufzugs an der Südseite beschlossen, um den Reisenden auch hier ein barrierefreies Erreichen der Bahnanlage zu ermöglichen. Die Kosten sind im Haushalt 2010 mit 350.000,- € eingestellt.

Für das Bauvorhaben wurde ein Zuschussantrag nach Verwaltungsvorschrift Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (VwV-GVFG) gestellt. Der Bewilligungsbescheid in Höhe von 95.000,- € liegt mittlerweile vor.

Basierend auf der aktuellen Kostenberechnung des planenden Ingenieurbüros Haisch stellt sich die Kostensituation wie folgt dar:

Aufzug (KGR 400)	150.000,- €
Rohbauarbeiten (KGR 300)	105.000,- €
Mehrkosten für geringe Unterfahrt abzüglich Einsparungen durch entfallene Unterfahrt + Anheben des Daches (Kostenschätzung)	14.000,- €
Ingenieurhonorar (Planung, Ausschreibungsvorbereitung)	24.000,- €
Bauüberwachung Elektro	5.000,- €
Ingenieurhonorar KGR 400 (Aufzugsplanung)	17.000,- €
Bauüberwachung, sonstige Nebenkosten	10.000,- €
Baukosten Elektroanschluss u. Beleuchtungsarbeiten	24.000,- €
<b>Summe (netto)</b>	<b>349.000,- €</b>
Mehrwertsteuer, z. Zt. 19%	66.310,- €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>415.310,- €</b>
<b>Abzüglich bewilligter Zuschuss</b>	<b>95.000,- €</b>
<b>Investitionskosten Universitätsstadt Tübingen</b>	<b>320.310,- €</b>

Es ergeben sich Mehrkosten in Höhe von 65.310 € im Vergleich zur ursprünglichen Kostenberechnung. Sie sind im Wesentlichen durch zwei Aspekte begründet:

Die Rohbauarbeiten für das Projekt wurden gemeinsam durch die Bahn AG und die Stadt Tübingen ausgeschrieben. Das o. g. Ausschreibungsergebnis liegt bei diesem Gewerk um 29.750 € über der Kostenberechnung.

Eine Vergabe fand auf Grund dieser Kostenüberschreitung bisher noch nicht statt. Die Verwaltung erhofft sich nun durch eine separate Ausschreibung der Rohbauleistung neben der Beteiligung des örtlichen Handwerks an den Arbeiten auch eine Kostenersparnis. Die separate Ausschreibung wurde deshalb veranlasst und läuft derzeit.

Die obige Kostenzusammenstellung basiert auf den Preisen der gemeinsamen Ausschreibung. Um eine rasche Vergabe nach Vorliegen der Angebote der nachträglichen Ausschreibung zu ermöglichen, werden die Mehrkosten nach derzeitigem Stand als überplanmäßige Ausgabe beantragt.

Der hohe Grundwasserstand erforderte eine Umplanung, da eine herkömmliche Aufzugsunterfahrt dauerhaft im Grundwasser liegen würde. Die Deutsche Bahn AG hat für ihre Aufzüge entschieden, auf die Aufzugsunterfahrt zu verzichten, um die damit verbundenen bautechnischen Probleme zu vermeiden. Aus Sicht der Verwaltung ist diese Entscheidung auch für den städtischen Aufzug sinnvoll. Die sich daraus ergebenden Mehrkosten (Umplanung, geänderte Ausführung) sind in obiger Kostenaufstellung enthalten.

3. Vorschlag der Verwaltung

Auf Grundlage des günstigeren Angebots für die Rohbauarbeiten wird der Aufzug wie dargestellt gebaut. Der Baubeginn ist für November 2010 vorgesehen, die Maßnahme soll zum Herbst 2011 abgeschlossen sein.

4. Lösungsvarianten

----

5. Finanzielle Auswirkungen

Ingesamt entstehen nach derzeitigem Ausschreibungsergebnis Mehrkosten in Höhe von 65.000,- €, die durch den bereits bewilligten Zuschuss in Höhe von 95.000,- € kompensiert werden, so dass im Saldo mit etwas geringeren Gesamtkosten für die Stadt zu rechnen ist.

Die Kosten für den laufenden Betrieb des Aufzugs (Wartung, Reinigung, Unterhaltung, Strom) werden auf 11.050 € pro Jahr geschätzt.

6. Anlagen

----